



### Mitglieder der Verwaltung

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Körner	Beauftragter für Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung
Herr Stempell	SB Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung

### weitere Sitzungsteilnehmer

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Cordula Hartrampf-Hirschberg, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Plauen	TOP 2.
Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland	TOP 3.

### **Tagesordnung - öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 23.10.2023
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 27.11.2023
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen der Bürgermeisterin
2. Die Entwicklung auf dem vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Jahr 2023 und Ausblick auf die Themenschwerpunkte 2024 - vorgestellt durch Frau Cordula Hartrampf-Hirschberg, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Plauen
3. Aktuelle Situation im Jobcenter Vogtland durch Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland
4. **Vorberatung**
- 4.1. 2. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2024 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des 28. Europäischen Bauernmarktes am 10.03.2024  
**Drucksachenummer: 0962/2023**
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

#### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 36. öffentliche Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird von Bürgermeisterin Kerstin Wolf durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Bürgermeisterin Kerstin Wolf darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Wirtschaftsförderungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, und Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., bestellt.

### **1.1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird bestätigt.

### **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 23.10.2023**

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses fest.

### **1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 27.11.2023**

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses, unter Berücksichtigung des nachfolgenden Hinweises von Stadtrat Lars Legath, fest.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., bittet darum, dass der TOP 1.3. der Niederschrift um die Anmerkung ergänzt wird, dass seine Anfrage vom 25.09.2023 zum blue feather project nicht innerhalb der Frist von 4 Wochen beantwortet wurde und somit seiner Auffassung nach ein Verstoß gegen die Sächsische Gemeindeordnung vorliegen würde.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, sichert die Prüfung des Sachverhaltes zu.

### **1.4. Beantwortung von Anfragen**

Keine offenen Anfragen.

### **1.5. Informationen der Bürgermeisterin**

Herr Körner, Beauftragter für Wirtschaftsförderung, informiert darüber, dass die Klage der Ver.di gegen den verkaufsoffenen Sonntag anlässlich des „Vogtländischen Musiktages mit Straßenfest“ am 14.01.2024 abgewiesen wurde. Das Urteil ist am heutigen Nachmittag in der Stadtverwaltung eingegangen.

## **2. Die Entwicklung auf dem vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Jahr 2023 und Ausblick auf die Themenschwerpunkte 2024 - vorgestellt durch Frau Cordula Hartrampf-Hirschberg, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Plauen**

Frau Cordula Hartrampf-Hirschberg, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Plauen, berichtet darüber, dass sie die Leitung der Agentur für Arbeit Plauen zum 01.07.2023 übernommen hat und erläutert die Entwicklung auf dem vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt 2023 anhand einer Präsentation.

Sie erklärt, dass eine der größten Aufgaben der Agentur für Arbeit momentan in der Qualifizierung sowie Anpassungsqualifizierung von Fachkräften liegt.

Des Weiteren informiert Frau Hartrampf-Hirschberg über das nationale Onlineportal für berufliche Weiterbildung „mein NOW“, das zum 01.01.2024 gestartet ist. Sie erklärt, dass es sich hierbei um ein Projekt im Rahmen der Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung handelt. Auf dieser Plattform können sich Interessierte unter anderem über aktuelle Weiterbildungsangebote informieren.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, dankt Frau Hartrampf-Hirschfeld für die ausführliche Präsentation zur Entwicklung des vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarktes im Jahr 2023.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bezieht sich auf die in der Präsentation genannte Zahl von 2.509 freien Arbeitsstellen und fragt, welche Branchen dies in erster Linie betrifft.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, dass es sich vorwiegend um die Bereiche verarbeitendes Gewerbe und Pflege handelt.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt weiter, ob die Agentur für Arbeit Plauen im ständigen Austausch mit der Zollbehörde steht und es diesbezüglich Rückschlüsse darüber gibt, ob aktuell eine Zunahme an Schwarzarbeit im Vogtlandkreis zu verzeichnen ist.

Frau Hartrampf-Hirschberg, erklärt, dass sie hierzu im Moment keinen Befund hat, diesen vorab aber auch nicht abgefragt hat. Sie sichert eine nachträgliche Beantwortung dieser Anfrage zu.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., verweist auf das in der Präsentation der Agentur für Arbeit im letzten Jahr angesprochene Thema der Arbeitskräftegewinnung aus Kirgisistan und fragt hier nach der aktuellen Entwicklung.

Des Weiteren bezieht sich Herr Legath auf die im letzten Jahr sehr hohe Zahl an noch nicht zu Ende bearbeiteten Anträgen auf Kurzarbeitergeld und fragt hier nach dem aktuellen Bearbeitungsstand.

Außerdem fragt Herr Legath nach einer Prognose zum Verlauf des Insolvenzgeldes in 2024.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, dass das Projekt zur Gewinnung von Arbeitskräften aus Kirgisistan, trotz der intensiven Bemühungen der Mitarbeiter der Agentur für Arbeit Plauen, von den vogtländischen Unternehmen nicht angenommen wurde. Das Projekt wurde daraufhin für weitere Regionen geöffnet und stieß in Bayern auf großes Interesse.

Zum aktuellen Bearbeitungsstand im Kurzarbeitergeld erklärt Frau Hartrampf-Hirschberg, dass der von Chemnitz aus geleitete operative Service, der die Abschlussprüfungen vornimmt, davon ausgeht, die Bearbeitung bis Ende März dieses Jahres abschließen zu können.

Sie fügt hinzu, dass bei der Beantragung von Insolvenzgeld aktuelle keine Auffälligkeiten feststellbar sind und erklärt, dass die Agentur für Arbeit über Entlassungen ab einem bestimmten Umfang informiert werden sowie ihre Zustimmung geben muss.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, verweist auf die in der Präsentation dargelegte Zahl von über 1.500 in Plauen lebenden ukrainischen Menschen im Verhältnis zu 252 auf dem Arbeitsmarkt integrierten Ukrainern. Herr Schaufel fragt, wie diese niedrige Vermittlungsquote zu erklären ist und ob sich die Zahl der Vermittelten zwischenzeitlich erhöht hat.

Des Weiteren fragt er, welche Unternehmen in der Region am dringendsten nach Fachkräften suchen.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, dass die ukrainischen Menschen durch das Jobcenter betreut werden und Frau Kober die Fragen hierzu im TOP 3. beantworten wird.

Sie fügt hinzu, dass momentan am dringendsten Unternehmen im Bereich Handwerk und Pflege nach Fachkräften suchen.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, fragt nach dem Unterschied zwischen Agentur für Arbeit und Jobcenter.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, dass es sich hierbei um zwei Behörden handelt, in denen unterschiedliche Personengruppen betreut werden. Die Leistungen der Agentur für Arbeit werden vor allem aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert, die Leistungen des Jobcenters hingegen aus Steuermitteln.

Herr Torsten Roscher, sachkundiger Einwohner, verweist darauf, dass bei einem Angebot von 2.509 freien Stellen, die Zahl der Arbeitslosen deutlich geringer sein müsste. Die Zahl von 6.514 Arbeitslosen erscheint ihm hier im Kontext zu hoch. Er verweist auf die Aussage von Frau Hartrampf-Hirschberg, dass vorwiegend im Bereich Handwerk und Pflege nach Fachkräften gesucht wird und betont, dass für diese Arbeit keine besonderen Qualifikationen oder Sprachkenntnisse erforderlich sind.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, dass die Gründe für eine Arbeitslosigkeit sehr vielfältig sind. Grundsätzlich sind die Zahl der freien Stellen und die Zahl der Arbeitslosen nicht statisch. Bei den Arbeitslosen handelt es sich unter Umständen um ältere Menschen, Menschen die eine Anpassungsqualifizierung benötigen oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auch das Thema Mobilität spielt hier eine große Rolle.

Herr Torsten Roscher, sachkundiger Einwohner, bezieht sich auf das in der Präsentation vorgestellte Projekt Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen. Er fragt, was neben den klassischen Sprachkursen noch getan werden kann, um das Problem der Sprache zu beheben und die Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, dass Frau Kober in ihrer Präsentation näher darauf eingehen wird.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt, ab wann man generell von Langzeitarbeitslosigkeit spricht.

Frau Hartrampf-Hirschberg erklärt, laut Definition gilt man ab einem Jahr Arbeitslosigkeit als langzeitarbeitslos.

**Die Präsentation wird den Fraktionen im Ratsinformationssystem Session zur Verfügung gestellt.**

### **3. Aktuelle Situation im Jobcenter Vogtland, vorgestellt durch Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland**

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland, erläutert die aktuelle Situation im Jobcenter Vogtland anhand einer Präsentation.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass in den Präsentationen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters lediglich von Zahlen in Verbindung mit Menschen, jedoch nie von den Kosten gesprochen wird.

Er fragt, ob es möglich ist, die tatsächlichen Kosten darzulegen, die an dieser Stelle von den Steuerzahlern der Region erbracht werden müssen.

Frau Kober sichert eine detaillierte Darlegung der Kosten für das Jahr 2023 zu. Sie informiert darüber, dass beispielsweise im Monat August 2023 nur allein in Plauen über 1 Mio. Euro an Kosten der Unterkunft und Heizung ausgezahlt wurden. Frau Kober erklärt, dass es zu diesem Zeitpunkt in Plauen circa 3.600 Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf Unterkunft und Heizung gab.

Frau Kober verweist diesbezüglich auf den enormen Arbeitsaufwand ihrer Mitarbeiter im Leistungsbereich und erklärt, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung hier nur ein Baustein sind. Hinzu kommen noch die Regelleistung, Leistung für Bildung und Teilhabe sowie Einmalbedarfe. Allein die Berechnung für Unterkunft und Heizung ist mehr als komplex. Neben dem Mietvertrag ist hier die Einschätzung der Betriebskosten notwendig.

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, fragt, ob es sich bei den genannten Kosten für Unterkunft und Heizung im August 2023 aufgrund dessen, dass es sich hierbei um einen Sommermonat handelt und somit keine Heizkosten anfallen dürften, lediglich um Kosten für Unterkunft und Warmwasser handelt.

Frau Kober erklärt, dass die Kosten für Heizung in Form der Nebenkosten auf die Monate aufgeteilt werden. Die Kosten für Strom und Warmwasser müssen die Leistungsempfänger aus der Regelleistung bestreiten.

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, fragt weiter, ob Unternehmen, die einen ausländischen Bürger einstellen und hierfür Lohnzuschuss erhalten, dazu verpflichtet sind, diesen Arbeitnehmer eine gewisse Zeit zu beschäftigen. Er fragt, ob es Auswertungen dazu gibt, ob die Menschen längere Zeit im Beschäftigungsverhältnis bleiben.

Frau Kober betont, dass jede Förderleistung grundsätzlich für jeden gewährt werden kann, egal ob Migrant oder Deutscher. Bei Förderleistungen, insbesondere bei Eingliederungszuschüssen, besteht prinzipiell eine Nachbeschäftigungszeit. Auch nach diesem Zeitraum bleibt ein Großteil in Beschäftigung.

Herr Torsten Roscher, sachkundiger Einwohner, fragt, welchen juristischen Status ausländische junge Menschen benötigen um in Deutschland eine Ausbildung zu beginnen.

Frau Kober erklärt, dass jeder Migrant der nach Deutschland kommt einen Aufenthaltstitel benötigt. Die Flüchtlinge aus der Ukraine und den 8 Herkunftsländern erhalten diesen relativ schnell und dürfen damit in Deutschland eine Ausbildung beginnen oder einer Arbeit nachgehen. Bei anderen Aufenthaltstiteln, wie beispielsweise der Duldung, ist die Ausländerbehörde sehr bestrebt den Aufenthaltstitel zu erteilen sobald dies rechtlich zulässig ist.

Herr Torsten Roscher, sachkundiger Einwohner, fragt weiter, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass junge Migranten, die eine Ausbildung beginnen aufgrund ihrer Sprachdefizite eine IHK Prüfung bestehen werden.

Frau Kober erklärt, dass an dieser Stelle ein flexibles Ausbildungssystem von den Kammern gestaltet werden muss. Sie plädiert seit Längerem dafür, gerade bei den jungen Menschen, Teilqualifikationsangebote zu unterbreiten. Über Teilqualifikationen könnte dann sukzessive ein Berufsabschluss erworben werden. Eine weitere Möglichkeit wäre die Teilzeitausbildung, bei der während der Ausbildung zusätzlich die deutsche Sprache erlernt werden kann.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf die in der Präsentation genannte Zahl der Langzeitleistungsbezieher und fragt, ob diese Zahlen auch den KiZ (Kinderzuschlag) beinhalten.

Frau Kober erklärt, dass die Leistung KiZ nichts mit dem Jobcenter zu tun hat. Die genannten Zahlen beziehen sich ausschließlich auf den Bereich SGB II.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt weiter, ob Rentner, die ihre Rente aufstocken müssen, in der Zahl der Langzeitleistungsbezieher erfasst sind.

Frau Kober erklärt, dass in den Zahlen keine Rentner erfasst sind, da diese in die Zuständigkeit des Sozialamtes fallen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt außerdem, wie viele Schüler und Kinder unter 18 Jahren unter die erwerbsfähigen Leistungsbezieher fallen.

Frau Kober erklärt, dass sie diese Zahl nicht zur Hand hat und nachreichen wird.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob beim Thema Sprachkurse eine positive Entwicklung erkennbar ist oder das Niveau von 2022 anhält.

Frau Kober erklärt, dass es hier grundsätzlich eine positive Entwicklung gab. Zum einen ist es den Anbietern gelungen, weitere Dozenten zu akquirieren, zum anderen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einige Änderungen geschaffen, die das Beschäftigen von Lehrpersonal erleichtern.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt weiter, ob bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen eine positive Entwicklung erkennbar ist.

Frau Kober erklärt, dass die berufliche Anerkennung vom jeweiligen Bundesland abhängt und vom Jobcenter nicht beeinflussbar ist.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, gibt einen Einblick in ihre eigenen Erfahrungen und berichtet dabei von einem jungen Mann aus Tadschikistan, der im Sommer seine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat und nun bei Frau Glied im Hotel als Jungkoch arbeitet.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, bezieht sich auf die in der Präsentation genannte Quote der pro Jahr auf dem Arbeitsmarkt integrierten Menschen von 21,4 % und erklärt, dass ihm diese inakzeptabel niedrig erscheint. Herr Schaufel fragt, was das Jobcenter unternimmt, um diese Menschen trotz mangelnder Deutschkenntnisse in Arbeit zu bringen. Er fragt weiter, ob für die Menschen weiter ein Anrecht auf die Tafel besteht.

Frau Kober erklärt, dass die Tafel nicht dem Zuständigkeitsbereich des Jobcenters unterliegt, sondern ein Verein mit eigener Satzung ist. Dieser wird, wie jeder andere Verein mit bestimmten gemeinnützigen Tätigkeiten, vom Job Center gefördert. Sie erklärt weiter, dass viele Aspekte passen müssen um die Menschen in Arbeit zu bringen. So spielen Bildungsstand, berufsfachliche Fertigkeit, Mobilität und das Leistungsvermögen hier eine große Rolle. Mit Sanktionen wurden nie Erfolge erzielt. Frau Kober verweist darauf, dass sich im Bereich SGB II die verschiedensten Menschengruppen treffen. Sowohl der Schüler, als auch die Alleinerziehende im Erziehungsurlaub bzw. Mutterschutz oder der Langzeiterkrankte unterliegen diesem Bereich.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt nach der Entwicklung bei den Onlineanträgen und der Onlineberatung.

Frau Kober erklärt, dass die Entwicklung hier insgesamt positiv ist. Bei den Neuanträgen liegt die Zahl der Onlineanträge bei ca. 30 %.

Eine Kundenbefragung hat ergeben, dass ein Großteil der Kunden zwar durchaus mit dem Internet arbeitet, den Antrag jedoch trotzdem lieber in Papierform abgibt. Künftig wird es so gehandhabt, dass Weiterbewilligungsanträge nicht mehr automatisch in Papierform versendet werden.

**Die Präsentation wird den Fraktionen im Ratsinformationssystem Session zur Verfügung gestellt.**

**4. Vorberatung**

- 4.1. 2. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2024 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des 28. Europäischen Bauernmarktes am 10.03.2024**  
*Drucksachenummer: 0962/2023*

Herr Körner, Beauftragter für Wirtschaftsförderung, erläutert die Verwaltungsvorlage.

**Der Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag zu:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 2. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2024 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „**28. Europäischen Bauernmarktes**“ am Sonntag, den **10.03.2024**, begrenzt auf den Bereich Rosa-Luxemburg-Platz 7 und einzelne Verkaufsstellen im Nahversorgungszentrum Rosa-Luxemburg-Platz.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen**

**5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Keine Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf  
Bürgermeisterin

Thomas Hoyer  
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Monika Schott  
Schriftführerin

Lars Legath  
Stadtrat